Bezugspreis: Halbmonatlich in Neuenbürg 80 Goldpfennige. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländ. Verkehr 50 Goldpfennig m. Postbestellgebühr. Preise freibleibend, Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfennige. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfennig mit Inf.-Steuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 2 Mk. Rekl.-Zeile 50 Goldpfennig.

Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der in Fälle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher Vereinbarungen außer Kraft.

Fernsprecher Nr. 5.

Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 65. | Neuenbürg, Montag, den 17. März 1924. | 82. Jahrgang

Deutschland.

Stuttgart, 15. März. Der Ausschuß für Innere Verwaltung befaßte sich mit dem Gesetzentwurf betr. Aenderung des Wahlgesetzes. Der Berichterstatter Haußer schlug vor, die einzelnen Oberamtsbezirke wieder als Wahlkreise zu bestimmen und den Parteien die Möglichkeit zu geben, bis zu 6 aneinandergrenzende Oberamtsbezirke zu einem Wahlkreis zu vereinigen. Die Zahl der Abgeordneten soll von 151 auf 80 herabgesetzt werden. 66 sollen auf die Bezirke entfallen, 24 auf die Landliste. Die Parteien sollen entweder in jedem Oberamtsbezirk einen besonderen Wahlvorschlag machen oder aber in mehreren zu einem Wahlkreis verbundenen Bezirken einen gemeinsamen Wahlvorschlag aufstellen. Die Wahlzettel sollen alle Wahlvorschläge enthalten und der Wähler seine Meinung dadurch zum Ausdruck bringen, daß er die ihm nicht genehmen Vorschläge kenntlich macht. Diese Vorschläge des Berichterstatters fanden im allgemeinen Zustimmung, doch wollen die Fraktionen sie noch näher durchberaten. Auch Minister Bolz erklärte sich mit den Vorschlägen grundsätzlich einverstanden. Ob Reichs- und Landtagswahlen zusammengelegt werden, wird noch erwogen. Die Beratung wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt und soll beschleunigt werden, da die Parteien den Wunsch haben, mit der Wahlarbeit bald zu beginnen und die Kandidaten aufzustellen.

Stuttgart, 15. März. Der Ausschuß für Innere Verwaltung behandelte in zwei Sitzungen die Frage der Verringerung der Zahl der Abgeordneten des Landtags und die Frage der neuen Wahlkreiseinteilung. Der Ausschuß beschloß gegen die Stimmen der Bürgerpartei und des Bauernbundes, die Zahl der Abgeordneten auf 80 festzusetzen, wovon 24 auf die Landesvorschlagslisten und 56 auf die Bezirksvorschlagslisten entfallen sollen. Die bisherige Wahlkreiseinteilung, wonach das ganze Land in 24 Wahlkreise eingeteilt war, wurde fallen gelassen. Der Berichterstatter Haußer (Ztr.) schlug im Einvernehmen mit der Regierung vor, daß die Stadtgemeinde Stuttgart und die Oberamtsbezirke je einen Wahlbezirk bilden. Jede Wählervereinigung hat aber das Recht, bis zu 6 Wahlbezirken zu einem Wahlkreis zu vereinigen. In diesem Wahlbezirksverband kann ein gemeinsamer Wahlvorschlag aufgestellt werden oder jeder der sechs Bezirke einen besonderen Wahlvorschlag haben. Aber die Stimmergebnisse in diesen sechs Bezirken gelten als eine verbundene Wahlliste. Es ist also sämtlichen Parteien gestattet, nach ihrem Belieben die Wahlbezirke im Lande zu gestalten. Für die Berücksichtigung auf der Landesvorschlagsliste kommt eine Wählervereinigung nur dann in Betracht, wenn sie mindestens in einem Wahlbezirk ein Achtzigstel der im ganzen Lande abgegebenen gültigen Stimmen (Wahlzahl) oder in drei Wahlbezirken je ein Sechstel davon erreicht hat. Die Verteilung der einzelnen Sitze, sowohl der Landesvorschlagsliste wie der Bezirkswahlliste, erfolgt für die einzelnen Wählervereinigungen auf dem Weg des Proporzes (nach den Stimmenhöchstzahlen), genau wie bei den Gemeindewahlen. Die Vertreter sämtlicher Parteien schlossen sich einmütig den Vorschlägen an, so daß der Antrag des Ausschusses als ein gemeinsamer Antrag sämtlicher Parteien an das Plenum des Landtags kommt. Seitens der Regierung erklärte Minister des Innern Bolz, daß sie mit dem Vorschlag einverstanden sei. Es ergab sich auch noch eine Debatte über den Termin der Landtagswahlen. Die Stimmung des Ausschusses ging in der Mehrheit dahin, daß die Landtagswahlen entweder am gleichen Tag wie die Reichstagswahlen (4. Mai) oder spätestens am Sonntag darauf stattfinden. Letzter Vorschlag dürfte wohl mit Rücksicht darauf, daß bei den letzten Wahlen vor 4 Jahren so viele Verwechselungen der Stimmzettel vorgekommen sind, zum Zuge kommen.

Stuttgart, 15. März. Wie wir hören, wird der Landtag am kommenden Freitag, den 21. März, zu einer kurzen Tagung zusammentreten, bei der einige kleinere, jedoch wichtige und dringliche Gesetzentwürfe, die zum Teil eine Aenderung der für die Landtagswahlen geltenden Bestimmungen bezwecken, beraten werden sollen.

Speyer, 15. März. Der ehemalige Presseleiter der sog. autonomen Regierung, Schmitz-Eppler, hat neben der rheinischen Arbeiterpartei eine „rheinische Bauern- und Mittelstandspartei" für die Pfalz und Rheinhessen gegründet, für die bereits eifrig agitiert wird.

Weimar, 15. März. Am Freitag abend hat hier eine Besprechung stattgefunden, die den Zweck hatte, eine republikanische Partei Deutschlands zu gründen. Ein Berliner Vertreter, der anwesend war, entwickelte die Grundsätze dieser Partei und erklärte, die Partei, die sich zur Aufgabe mache, eine politische Erneuerung herbeizuführen, wolle alle Republikaner sammeln und zwar in demokratisch-sozialem Sinne. Man wolle das Parteiprogramm der USPD. übernehmen.

Leipzig, 15. März. Am 20. d. Mts. findet vor dem Reichsgericht in Leipzig die Hauptverhandlung im Spionageprozeß gegen den französischen Hauptmann Vendaries d'Armont statt. Der Genannte war Leiter der französischen Spionagezentrale und wurde, als er mit seinen Agenten mit Deutschland in Verbindung treten wollte, auf deutschem Gebiet verhaftet. Von französischer Seite sind zwecks Verhinderung des Prozesses und um die Freilassung ihres Spionagechefs zu erreichen, drei angesehene Deutsche, der Oberlandesgerichtsdirektor Minde in Bochum, der Erste Staatsanwalt Schulte-Velkum in Essen und der Bürgermeister von Wedelstadt in Gelsenkirchen verhaftet. Man sieht dem Prozeß hier, der über die Organisation des mit ungeheuren Mitteln arbeitenden französischen Spionagedienstes Klarheit schaffen wird, mit großer Spannung entgegen.

Berlin, 15. März. Zur Sicherung der Wahlen im besetzten Gebiet wird die Reichsregierung mit den Besatzungsmächten verhandeln. — Französische Behauptungen über Milliardenausgaben für die deutsche Wehrmacht werden von deutscher Seite durch genaue Zahlenangaben widerlegt.

Der Evang. Volksbund zu den Wahlen.

Zur Reichstags- und Landtagswahl hat der Vorstand des Evang. Volksbunds, der in Württemberg 200 000 Wähler umfaßt, folgende Kundgebung beschlossen: Für die kommenden Wahlen mit ihren Kämpfen rufen wir unsere Volksgenossen, insbesondere die Parteiführer, die Wahlredner und die Zeitungen aller Parteien auf, alles zu tun, damit die Kämpfe vornehm und sachlich geführt und die unvermeidlichen Gegensätze nicht durch Verhetzung und Verleumdung so verschärft werden, daß nachher ein Zusammenarbeiten zum Wohl unseres bedrängten Vaterlandes unmöglich wird. Seine Mitglieder bittet der Evangelische Volksbund, in ihren Parteien folgende 3 Forderungen zu vertreten, bzw. nur solche Parteien zu unterstützen, die folgenden Forderungen entsprechen: 1. Bei Aufstellung der Kandidatenlisten sollen Sachverständige nicht bloß für das wirtschaftliche, sondern auch für das kulturelle Gebiet Berücksichtigung finden. 2. Die christliche Grundlage des Volkslebens und vor allem die christliche Schule muß unserem Volk erhalten bleiben. 3. In der heutigen Entscheidungsstunde im sozialen Leben darf nicht einseitig die Macht des Arbeitgeber- oder des Arbeitnehmerstandes, sondern muß die Volksgemeinschaft das Ziel sein.

Der Hitler-Prozeß.

München, 15. März. Bei Beginn des heutigen 16. Verhandlungstags verliest der Vorsitzende eine Richtigstellung des Kardinals Faulhaber zu den Darlegungen des Generals Ludendorff. Darin wird u. a. der Behauptung entgegengetreten, als habe der Kardinal von dem Plan eines Zusammenschlusses Bayerns und Oesterreichs und der Abtrennung vom Reich gewußt. Die Behauptung, der Kardinal habe während seiner Amerikareise die Versenkung der „Lusitania" als völkerrechtswidrig bezeichnet, sei unrichtig. Weiter habe er in Amerika niemals über die Schuldfrage gesprochen. Schließlich wird zu der Behauptung Ludendorffs, der Kardinal sei während des Fuchs-Machhaus-Prozesses in Amerika gewesen, erklärt, wenn damit die Auffassung vertreten werden sollte, der Kardinal hätte Grund gehabt, diesem Prozeß auszuweichen, so wäre das eine weitere unwahre Behauptung. — Zu diesen Darlegungen erklärt Ludendorff, er behalte sich vor, noch dazu Stellung zu nehmen. — Hierauf teilt der Vorsitzende ein Schreiben des Generals von Lossow mit, worin dieser das Erscheinen vor dem Gericht ablehnt. — Das Gericht schreitet sodann zu der Vernehmung des Zeugen Universitätsprofessors Geheimrat Döberl. Der Zeuge, der vereidigt wird, gibt seine Vorgänge im Bürgerbräukeller wider. Er habe bei diesen Vorgängen keinen Moment an dem Ernst Dr. von Kahrs gezweifelt, den er aus verschiedenen Gründen einer Verstellung nicht für fähig hält. Dagegen habe er bei Lossow den Eindruck gehabt, daß es diesem nicht ernst war. — Der nächste Zeuge, Kaufmann Hans Helmuth, bekundet zu der sogenannten Händedruckszene, Kahr habe die von Hitler hingehaltene Hand ergriffen und heftig geschüttelt. — Hauptmann Hans Berge von der Landespolizei gibt an, er sei Verbindungsoffizier von der Polizeidirektion zu General Danner gewesen. Lossow sei bei seinem Eintreffen über die Behandlung im Bürgerbräukeller außerordentlich erregt gewesen. Für ihn habe der Eindruck bestanden, daß Lossow nicht ernstlich mitmache. — Hierauf wird Kaufmann v. Hierach vernommen, der darüber Auskunft geben soll, daß Professor Bauer im Einverständnis Kahrs an allen möglichen Abenden öffentlich zum Marsch nach Berlin aufgefordert habe. Zeuge erinnert sich an eine Besprechung der Bezirksführer der vaterländischen Bezirksvereine Münchens, wo Professor Bauer geäußert habe, das Wichtigste sei nunmehr, gegen Berlin energisch vorzugehen. Diese Aeußerung sei jedoch nur im Sinne eines gewissen Druckes zu verstehen gewesen. In seinen weiteren Darlegungen ist jedoch Zeuge der Auffassung, daß es sich um einen tatsächlichen Marsch nach Berlin gehandelt habe. — Da hier ein Widerspruch in der Aussage liegt, wird die weitere Vernehmung dieses Zeugen in geschlossener Sitzung beschlossen. — Weiter wird dann Professor Dr. Wilhelm Bauer, der Präsident der Vereinigten vaterländischen Verbände, aufgerufen. Bezüglich der Aeußerung: „Nicht los von Berlin!", sondern „Auf nach Berlin!" führte Zeuge aus, er habe in Berlin in einem Kreise gesprochen, dem Abgesandte aus allen Teilen des Reiches beiwohnten. Gegenüber gewissen separatistischen Richtungen habe er besonders betont: „Nicht los von Berlin!" und habe dann hinzugefügt: „Auf nach Berlin!". In einer Versammlung im Zirkus Krone in München habe er zum Ausdruck gebracht, daß man der Berliner Regierung den Gefallen eines zweiten Kapp-Putsches nicht machen dürfe. Die Frage, ob Kahr tatsächlich einmal von einem Marsch nach Berlin gesprochen habe, verneint Zeuge. — Gegen diese Aussage wendet sich der Angeklagte Pöhner, die dem widerspräche, was er selbst im Generalstaatskommissariat gehört habe. — Rechtsanwalt Roder fragt Bauer, ob er einem Herrn gegenüber auf dessen Frage: „Warum hätte denn Kahr den Marsch nach Berlin unternehmen können und Hitler nicht?", geantwortet habe: „Das darf man nicht sagen, sonst kommt Kahr vor den Staatsgerichtshof". — Zeuge Bauer bestreitet diese Worte nicht; er könne sich aber nicht mehr genau an die Worte erinnern. — Auf eine Frage des Vorsitzenden, wo die Verfassung ausgearbeitet worden sei, erklärt Bauer: „In Berlin, in den Kreisen des Alldeutschen Verbands". (Bewegung.) Weiter sagt Zeuge aus, er habe selbst in Berlin angeregt, es wäre höchste Zeit, etwas zu unternehmen. Man müsse aber vorher etwas schaffen. Darauf sei ihm geantwortet worden: „Das ist schon da". Weiter wisse er nichts über diese neue Verfassung. Die Frage der Verteidigung, ob die ihm unterstellten Verbände die Sache als legal betrachtet hätten, falls Kahr mitgemacht hätte, beantwortet Zeuge dahin, das könne er weder verneinen noch bejahen, weil die Entscheidung in den Verbänden hätte fallen müssen. — Rechtsanwalt Roder erwähnt seinen Besuch bei Hitler in Landsberg, wo Hitler ihm erklärt habe, jetzt werde die Ehrenwortbruchfrage geklärt. Bauer hätte ihm (Hitler) erzählt, daß Kahr selbst nicht mehr behaupte, daß dieses Ehrenwort gebrochen sei. — Zeuge Bauer bekundet, er habe mit Hitler gesprochen, daß es wohl zweckmäßig wäre, daß vor Gericht die Ehrenhaftigkeit aller der Herren in der Sache anerkannt würde. Er könne sich erinnern, daß er feststellte, daß Hitler ihm sagte, Seisser hätte er sein Ehrenwort unter Bedingungen gegeben. — Hierauf stellt Justizrat Schramm die Frage, ob die vaterländischen Verbände, insbesondere der „Kampfbund", das geflügelte Wort vom „Marsch nach Berlin" so auffassen mußten und ob der Zeuge zugebe, daß speziell der „Kampfbund" dieser Annahme sein dürfte. Bauer bestätigt, daß es dann leider durchaus so aufgefaßt wurde. Man wollte aber erst nach Berlin kommen, wenn man uns dort ruft. — Justizrat Schramm fragt: Man hätte also den äußeren Umstand der Hungerkrawalle dazu benutzt, um sich an die Regierung zu setzen? — Bauer bemerkt: Es wäre dann unsere Schuldigkeit gewesen, auch unsererseits unsere Aufgabe zu erfüllen. Auf eine weitere Frage gibt Zeuge an, Kahr habe für die Zukunft die Aeußerung vom „Marsch nach Berlin" nicht verboten wissen wollen; er habe nur gesagt, daß diese Fassung nicht glücklich geprägt sei. Die Vernehmung des Zeugen wurde dann abgeschlossen.

Hierauf zieht sich das Gericht zur Beschlußfassung über den Antrag des Staatsanwalts zurück, wonach bei der Vernehmung des Zeugen Jost und bei den weiteren Aussagen des Zeugen von Hierach die Oeffentlichkeit auszuschließen sei. Das Gericht beschließt nach dem Antrag des Staatsanwalts und verkündet gleichzeitig den Beschluß, daß General von Lossow wegen Fernbleibens von der heutigen Sitzung in die dadurch entstehenden Kosten und außerdem zu einer Geldstrafe von 50 Mark, evtl. fünf Tage Haft verurteilt wird. Darauf wird der Saal geräumt.

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit folgt die Vernehmung des Generals Danner, des Münchner Stadtkommandanten. Ueber die Vorgänge in der Stadtkommandantur, in der Nacht vom 8. bis 9. November sagt Zeuge aus, er habe damals zur Verhinderung eines Namensmißbrauchs angeordnet, daß nur Befehle, die von ihm persönlich gegeben werden, Geltung haben. General Lossow sei nach seinem Eintreffen außerordentlich zornig gewesen und er konnte keinen anderen Eindruck haben, als daß Lossow niemals ernstlich mitgetan habe. — Justizrat Schramm: Besteht nicht die Möglichkeit, daß Lossow erst, nachdem er gesehen hat, welche Maßnahmen schon getroffen waren, in seinem Entschluß, mitzumachen, wankend geworden ist? Danner hat diesen Eindruck nicht gehabt. — Hitler fragt, ob die Generale und Offiziere Lossow gehorcht hätten, wenn er bei der neuen Regierung stehen geblieben wäre. — Danner: Wir haben uns gar nichts anderes vorgestellt, nachdem wir doch am Tage vorher unsere Instruktionen erhalten hatten. — Hitler: Würden die Herren: wenn Lossow gesagt hätte, um das Aeußerste zu verhüten, mache er mit, ihm die Gefolgschaft geleistet haben oder hätten die Herren gesagt, sie machten nicht mit? — Danner glaubte, daß die Herren auf ihrer ursprünglichen Entscheidung stehen geblieben wären. (Bewegung.) Auf eine Frage der Verteidigung, ob Lossow bei der Offiziersbesprechung am nächsten Tage auch mitgeteilt habe, daß Kahr in dieser Besprechung auch von einem anormalen Weg gesprochen hätte, meint Zeuge Danner, das Wort sei gefallen. — Die Verteidigung kommt dann eingehend auf die Frage des Waffengebrauchs am 9. November, vormittags, bei der Residenz zu sprechen. General Danner erklärt, es habe der ausdrückliche Wille bestanden, unter allen Umständen Blutvergießen zu verhindern. Zeuge stellt fest, daß von der andern Seite gefeuert wurde. — Auf weitere Fragen der Verteidigung erklärt Danner, daß besondere Weisungen an die Abteilungen der Landespolizei bei der Residenz von Seiten der Kommandantur nicht ergangen seien. Diese habe nach den allgemeinen Vorschriften gehandelt. — Schließlich wird noch der Stadtrat Rechtsanwalt Rußbaum über die Vorgänge im Rathaus und insbesondere über die Geiselverhaftung vernommen. Er habe von den in das Rathaus eindringenden Nationalsozialisten einen Gewehrkolbenschlag erhalten. Die Geiseln seien beschimpft, bespuckt, geschlagen und dann zum Bürgerbräukeller gebracht worden. Vor ihren Türen sei dann erklärt worden: Wenn die Reichswehr auf uns schießt, werden die Gefangenen niedergeschossen. — Unter fortwährenden Bedrohungen seien dann die Gefangenen auf ein Lastauto verladen und zum Perlacher Forst gefahren worden. In Höhenkirchen seien sie dann in Freiheit gesetzt worden. — Der Vorsitzende verliest dann einen Brief des Generals Lossow, der zu den Aussagen Hitlers Stellung nimmt und auf eine Besprechung am 30. April 1923 verweist, zu der auch Hitler und Kriebel erschienen waren. Lossow stellt darin fest, daß nur ein bösartiger Mensch in seinem Verhalten am 30. April Wortbruch oder Ehrenwortbruch erblicken könne. — Hitler bleibt bei seiner Behauptung, daß der General sein Wort gebrochen habe. — Hierauf beantragen mehrere Verteidiger, einen Vorführungsbefehl gegen General von Lossow zu erlassen. — Staatsanwalt Erhardt stellt noch fest, das, was seinerzeit am 1. Mai geplant war, ergebe sich mit absoluter Klarheit aus dem Beweismaterial, worauf der Vorsitzende die Sitzung schließt. Nächster Verhandlungstag: Montag vormittag.

Aussperrungen unter französischer Regie.

Darmstadt, 14. März. Etwa 300 Arbeiter, die im Dienst eines französischen Unternehmens standen, das die hiesige Lokomotivwerkstätte unter französischer Regie gepachtet hatte, wurden ausgesperrt, da sie infolge des dauernd sinkenden Werts des französischen Franken wertbeständige Löhnung gefordert hatten. Der Direktor des Werks wich anfangs den Auseinandersetzungen aus. Als endlich eine klare und bestimmte Antwort gefordert wurde, erfolgte ohne jede weitere Erklärung die Aussperrung.

Verzicht des Kreisausschusses auf die Vermittler-Tätigkeit.

Speyer, 14. März. Die Franzosen fahren fort, für ihre Bestrebungen, die Pfalz von Bayern und dem Reich loszulösen, Stimmung zu machen. So wurde in einem Havas-Kommen-

tar zu dem neuen Besuch der Abordnung der interalliierten Rheinlandkommission in der Pfalz der Vorsitzende des pfälzischen Kreisausschusses, Dr. Bayersdörfer, als „Chef der provisorischen Regierung" bezeichnet. Die offiziöse französische Nachrichtenagentur wiederholte damit wie unmittelbar nach Abschluß des Speyerer Abkommens, den Versuch, die Vermittlertätigkeit, die der pfälzische Kreisausschuß unter der Leitung seines Vorsitzenden Dr. Bayersdörfer, zwischen der rechtmäßigen pfälzischen Kreisregierung und der Rheinlandkommission vorübergehend bis zur vollständigen Wiederherstellung geordneter Zustände in der Pfalz übernommen hat, als eine provisorische Regierung hinzustellen. Dies ist nichts anderes als ein neuer französischer Verschleierungsversuch. **Der Kreisausschuß hat sein Vermittleramt zwischen der pfälzischen Bevölkerung und der pfälzischen Kreisregierung einerseits und der Rheinlandkommission andererseits niedergelegt.**

Ludendorff nach dem Kapp-Putsch.

Der „Miesbacher Anzeiger" fährt in seinem Kampf gegen Ludendorff fort. Nunmehr erzählt er, daß Ludendorff im März 1920, unmittelbar nach dem Kapp-Putsch, als Flüchtling in München erschienen sei. Die Leitung der bayerischen Einwohnerwehr hätte gerade eine Sitzung gehabt, da hätte ein Herr zuerst den Oberforstrat Escherich und dann den Obergeometer Kanzler, den zweiten Vorsitzenden der Einwohnerwehr, herausbitten lassen und sich unter ihren Schutz gestellt. Das sei Ludendorff gewesen. Er sei dann zuerst im Auto auf das Schloß Beuern, südlich von Rosenheim, gebracht, und als er dort bei einem Spaziergang von einem Gendarmen erkannt wurde, wieder mit dem Auto in die abseits gelegene Villa eines Herrn v. H. in die Gemeinde Stefanskirchen gereist. Ludendorff sei auch damals unter angenommenem Namen gereist und habe sich seinen Gastgebern so auch vorgestellt. Auf Befragen, warum er denn eigentlich geflohen sei, da doch gegen ihn kein Haftbefehl vorliege, antwortete Ludendorff, er habe befürchtet, daß das nachträglich noch geschehen würde und daß er im Gefängnis seines Lebens nicht sicher sein würde. Die Angaben des „Miesbachers", der neuerdings Herrn von Kahr nahesteht, müssen natürlich mit aller gebotenen Vorsicht genossen werden.

Prozeß Zeigner.

Leipzig, 14. März. In der Nachmittagssitzung wird in die Vernehmung der Angeklagten eingetreten. Der Angeklagte Möbius lernte den Angeklagten Zeigner anläßlich einer Mehlgeschichte kennen. Es wurde ihm gesagt, er solle zum Gerichtsoffizier kommen. Er wurde zu Dr. Zeigner berufen, der ihn vernommen und darüber eine Niederschrift angefertigt habe. Später sei die Sache im Sande verlaufen, ohne daß ihm Mitteilung von der Einstellung des Verfahrens gemacht worden sei. Von drei Sack Mehl, die Möbius von Bauer für eine Verkaufsvermittlung erhalten habe, habe er einen an Zeigner auf dessen Verlangen geliefert. Er habe den richtigen Preis dafür erhalten. Der Angeklagte Zeigner erklärt zu diesem Falle, er habe in der Schreibstube alle Arbeiten mit juristischem Einschlag zu erledigen gehabt. Möbius sei freiwillig zu ihm gekommen, um zu erfahren, was für Mehl beschlagnahmt worden sei. Da er selbst die Vorgänge nicht gekannt habe, habe er sich Notizen gemacht. Möbius sei öfter in die Kaserne gekommen. Da habe er, Zeigner, ihn gefragt, ob er ihm nicht auch einmal Mehl verschaffen könne. Das gelieferte Mehl sei aber schlecht gewesen. Er habe anderes verlangt, von Möbius aber wieder einen gleichen Sack Mehl erhalten und bezahlt. Zu Weihnachten habe er, Zeigner, in der Kaserne erfahren, daß von Möbius Mehl gestohlen worden sei. In einer raschen und unbesonnenen Handlung habe er dann die Akten Möbius im Ofen verbrannt, um nicht mit einer unangenehmen Geschichte in Zusammenhang gebracht zu werden. Von Hehlerei und Verschaffung eines Vermögensvorteiles könne nicht die Rede sein. — Hierauf wird der Fall Trommer besprochen. Der Angeklagte Möbius hat einmal für einen gewissen Müller ein Gnadengesuch an Zeigner übermittelt. Dieses wiederholte er und aus diesem Verkehr entwickelte sich überhaupt ein persönlicher Verkehr. Als Zeigner Justizminister geworden war, habe Möbius ihn aufgesucht. Zeigner war abwesend. Möbius wurde in das Zimmer geführt, wo er in den Akten geblättert und eine Notiz über die Umwandelung der Gefängnisstrafe Trommers in eine Geldstrafe von 18 000 Mark gefunden haben will. Als er vom Vorsitzenden aufgefordert wird, die Notiz jetzt zu suchen, kann er sie nicht finden. Möbius war, wie er angibt, an Trommer herangetreten. Auf einem alten Steuerzettel habe er ein Schreiben angefertigt, in dem Trommer von der Umwandlung der Strafe Mitteilung gemacht wird. Er habe damit Trommer eine Freude machen wollen in der Erwartung, daß Trommer ihm dafür ein Geschenk machen werde. Möbius bestreitet, damit gedroht zu haben, daß Trommer andernfalls seine Strafe werde verbüßen müssen. Der Vorsitzende hält Möbius seine frühere Aussage vor, wonach Zeigner ihm den Auftrag gegeben habe, Trommer auszuhorchen, was eine Umwandlung seiner Strafe wert sei. Möbius erklärt, damals die Unwahrheit gesagt zu haben, weil Staatsanwalt Fiedler ihm gesagt habe: Zeigner läßt Sie sitzen. Ebenso habe er gelogen, als er ausgesagt habe, Zeigner habe ihn auf der Straße getroffen und ihm gesagt, über den Fall Trommer alles zu leugnen, auch wenn ihm 10 Zeugen gegenübergestellt würden. Auf die Frage, wie Möbius zur Aenderung seiner Aussagen gekommen sei, erklärte er, als die Untersuchung sich dem Ende genähert habe, sei sein Gewissen erwacht. Er sei von keiner Seite bearbeitet worden. Der Vorsitzende hält Möbius die Aussagen des Rechtsanwalts Melzer vor. Nach Möbius soll dieser erklärt haben, er werde von Juden „beteilt", er solle seine Aussagen ändern. Möbius erklärte, Melzer habe sich an ihn herangemacht und ihm Vorteile geboten. Er solle nur Zeigner belasten; der hätte sich in Sicherheit nach der Schweiz gebracht und lasse ihn sitzen. Melzer habe dabei auf Zeitungsnotizen verwiesen, daß Zeigner das Opfer eines Zuchthäuslers sei. Melzer werde seine Verteidigung übernehmen und dafür sorgen, daß er eine Bewährungsfrist erhalte. Möbius erklärte weiter, allmählich habe er erkannt, daß es Melzer nur darauf ankam, Zeigner zu beseitigen, nicht aber ihn selbst zu schützen. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie er dazu gekommen sei, einen Spitzbart zu tragen, erwiderte Möbius, das sei damals Mode gewesen. — Nach einem weiteren Kreuzverhör mit Möbius wird um 7 Uhr abends die Verhandlung auf Sonnabend vormittag vertagt.

Ausland.

Washington, 13. März. Präsident Coolidge lehnte es ab, die drei Deutschen Rumeley, Kauffmann und Lindheimer zu begnadigen, die während des Krieges wegen unerlaubten Verkehrs mit dem Feinde verurteilt worden waren. Sie hatten in Newyork Mehl angekauft und waren beschuldigt worden, daß sie damit deutsche Propaganda getrieben hätten. Der Verkaufspreis soll 1½ Millionen Dollars betragen haben.

Kämpfe an der syrischen Grenze.

Paris, 15. März. Nach einer Meldung aus Konstantinopel ist es an der syrischen Grenze in der Nähe des Dorfes Hadjilar zwischen französischen Truppen und dem Stamm der Karasokili zu einem Kampf gekommen, wobei die Franzosen dreißig Tote hatten. In Paris wird dieser Zwischenfall damit zu beschönigen versucht, daß erklärt wird, daß syrische Gendarmen, die einen Steuereinnehmer begleiteten, der mit der Abzählung von Herden beauftragt war, mit Gewehrschüssen empfangen wurden, wobei einer der Gendarmen getötet wurde. Räuber aus der Umgebung beteiligten sich an dem Kampf, aber dank der Loyalität der Bevölkerung des Gebietes wurde die Ruhe wieder hergestellt. Die 30 Toten werden in der französischen Erklärung nicht bestritten.

Poincare Sieger!

Der französische Senat hat am Freitag drei Sitzungen gehalten. Vormittags und nachmittags wurde die allgemeine Aussprache über die Finanzgesetze fortgesetzt und zu Ende geführt. Der ehemalige Finanzminister Doumer sprach sich, obwohl er Fraktionsgenosse von Poincare ist, gegen das Ermächtigungsgesetz aus. Auch der Vertreter Frankreichs im Völkerbund, Senator Jouvenel, erklärte, daß er das Ermächtigungsgesetz nicht annehme. Er kritisierte die Außenpolitik Poincares und forderte ihn auf, die Initiative zu Verhandlungen zu ergreifen. Poincare müsse seinen Horizont erweitern und sich wenn möglich auf den Völkerbund stützen, der allein eine dauerhafte Lösung der rheinischen Frage, der Entwaffnungsfrage und der Entschädigungsfrage bringen könne. Zu Beginn der Nachtsitzung um 9.10 Uhr ergriff Poincare das Wort und trat sofort in die Besprechung des Ermächtigungsgesetzes ein. Jedermann erkenne an, daß die Umstände außerordentlicher Art seien. Außerordentlich seien denn auch die Maßnahmen, die Artikel 1 vorsehe. Man werde begreifen, daß er die Verantwortlichkeit der Regierung einsetze. Artikel 1 beeinträchtige nicht die parlamentarischen Prärogativen. Niemand sei der republikanischen Verfassung ergebener als er. Die Regierung habe niemals auf dem Standpunkt gestanden, daß diese Reformen auf die Dauer durch Despotismus oder Diktatur durchzuführen seien. Er sei so sehr entschlossen, die Rechte des Parlaments gemeinsam mit diesem zu verteidigen, daß er die Verfassungsreform bekämpfen werde, die de Jouvenel angekündigt habe und die darin bestehen solle, daß die legislative Gewalt einer Ständevertretung übertragen werde. de Jouvenel rief dazwischen, daß ein Sachverständigen-Parlament die technischen Arbeiten für das politische Parlament vorbereiten solle. Poincare erklärte, daß er auch einen derartigen Vorschlag bekämpfen werde. Poincare wandte sich hierauf gegen die Fassung, die der Finanzausschuß des Senates dem Art. 1 gegeben hat. Die Nachtsitzung dauerte bis ½2 Uhr. Es wurde zweimal abgestimmt, und Poincare blieb Sieger. Die Fassung des Senatsausschusses für den Art. 1 mit der Ermächtigung zu Verordnungen wurde mit 154 gegen 141 Stimmen verworfen, dagegen die Fassung der Kammer für die Ermächtigung mit 154 gegen 139 Stimmen, also mit 15 Stimmen Mehrheit, angenommen und dann der ganze Artikel in der Fassung der Kammer mit 161 gegen 128 Stimmen. Poincares Zähigkeit und Hartnäckigkeit hat also auch den Senat überwunden, wo er parteimäßig keine Mehrheit hat. Die Neuwahlen zur Kammer werden in Frankreich, wie Poincare im Senat am Freitag erklärte, vor Ende Mai stattfinden, also nach den Wahlen in Deutschland.

England wünscht nach wie vor Ruhrräumung.

London, 15. März. Der Daily Telegraph meldet, daß die Behauptung Poincares in seiner letzten Rede, daß kein Land vorhanden sei, das Frankreich auffordere, die Besetzung des Ruhrgebiets aufzugeben, auf die Bemerkung eines Sachverständigen zurückzuführen sei, der in einer „besonders guten Laune" den Minister zu dem Erfolg der Ruhrbesetzung beglückwünscht habe. Poincare habe diese Bemerkung anscheinend für eine sehr wertvolle politische Erklärung gehalten und begründe damit den betreffenden Satz seiner Rede. Wahrscheinlich wird die englische Regierung bald Gelegenheit haben, zu betonen, daß eine baldige Räumung des Ruhrgebiets nach wie vor erwünscht sei.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 15. März. (Auswandererelend.) Der Erzbischof von Freiburg hat in diesen Tagen von einem deutschen Geistlichen einen Brief aus Rio de Janeiro (Brasilien) erhalten, der u. a. folgende Sätze enthält: „Ich bitte Euere Exzellenz, dringend zu warnen vor Auswanderung hierher nach Brasilien. Ohne Kenntnis der portugiesischen Sprache ist überhaupt von vornherein abzuraten. Es ist entsetzlich, was man an grauenvollen Bildern von deutschen Einwanderern hier sehen kann; ganze Familien und junge Leute, die einfach auf der Straße sitzen mit leeren Händen oder in Mauernischen die Nacht zubringen müssen. Es gibt eben in Brasilien keine charitativen Anstalten; hier kümmert sich niemand um den anderen."

Wildbad, 16. März. Der hier für Samstag abend veranstaltete Vaterländische Abend hatte sich einer überaus großen Beteiligung zu erfreuen, so daß sich schon von 7 Uhr an der große Saal mit Nebenräumen des Gasthauses z. „Alten Linde" bis auf das letzte Plätzchen füllte. Der Vorsitzende, Forstmeister Ramm, begrüßte die so zahlreich erschienenen deutschen Volksgenossen und besonders Herrn Alfred Roth, den Landesvorsitzenden der Vereinigten Vaterländischen Verbände, aus seiner Erholungszeit von schwerer Kriegsverwundung her hier ein gut bekannter, geschätzter Gast, der sich in liebenswürdiger Weise als Redner zur Verfügung gestellt hatte. Er sprach in geradezu herz- und gemütergreifender, freier Rede über „Aus Not und Tod empor zum deutschen Leben", ein Thema, das wohl erstmals in unserem Schwarzwaldtal in so markanter Weise zur Behandlung gekommen ist. Mit zündenden Worten zeigte er, was uns nottut, um wirkliche deutsche Volksgenossen zu sein und zu einem Aufstieg zu kommen. Die einzelnen Ausführungen des überaus gewandten Redners wurden allseitig mit begeistertem Beifall aufgenommen. Man spürt, wie es dem Redner ernst ist, mit seinen aus gereifter Lebenserfahrung geschöpften Mahnungen an die deutschen Volksgenossen. Langanhaltender, spontan hervortretender Beifall folgte den eindrucksvollen tiefernsten Worten, die einen nachhaltigen Widerhall in den Herzen der Anwesenden bewirkten und das „Deutschlied", das von der großen Versammlung stehend und unter Musikbegleitung gesungen wurde, auslöste. Ein Männerquartett gab anschließend das feierlich schöne niederländische Volkslied „Wir treten zum Beten" zum Vortrag. Zum Anfang des Abends und zwischen hinein trugen erhebende, vaterländische Gedichte zur Begeisterung bei. Auch ein beifällig aufgenommenes Streichquartett und der einmütige Gesang „Ich hab mich ergeben" und die flott gespielten Märsche und Weisen der Musikkapelle erhöhten die Stimmung des überaus gelungenen Vaterländischen Abends.

Württemberg.

Nagold, 16. März. (Vom Bezirksrat.) Der Bezirksrat hat gegen das Gesuch der Gemeinde Salz um Zuteilung zum Oberamt Herrenberg entschieden Verwahrung eingelegt und das 40jährige Dienstjubiläum von Stadtschultheiß Welker in Altensteig durch eine der Verdienste des Jubilars gedenkende Ansprache des Vorsitzenden gewürdigt. Später fand ein Festessen in der „Post" statt. — Der Bestand des Seminars kann als gesichert gelten, doch ist der Wunsch um Einrichtung einer weiteren Klasse höheren Orts nicht durchgedrungen.

Stuttgart, 16. März. (Württ. Kriegerbund.) Der diesjährige Bundestag des Württ. Kriegerbundes wird am 15. Juni in Stuttgart stattfinden.

Stuttgart, 15. März. (Sonntagsfahrkarten.) Die Reichsbahndirektion Stuttgart beabsichtigt, von Anfang April an Sonntagsfahrkarten in beschränkter Zahl auf allen Stationen ausgeben zu lassen, soweit ein Bedürfnis besteht und Betriebsschwierigkeiten nicht entgegenstehen. Der Entschluß ist dankenswert. Er gleicht die bisherige ungerechtfertigte Bevorzugung der großen Städte aus und ermöglicht es den Bewohnern der kleineren Städte und des platten Landes, sich auch zu erholen, ein Theater, Konzert oder sonstiges zu besuchen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß von der neuen Einrichtung so viel Gebrauch gemacht wird, daß auch die Eisenbahn reichlich auf ihre Kosten kommt.

Heilbronn, 15. März. (Kommunisten vor Gericht.) In Bietigheim wurde am 26. Oktober ein mit zwei Pferden bespanntes Fuhrwerk der Reichswehr von Kommunisten, meist Arbeitern der Germania-Linoleumwerke, überfallen. Der Wagen wurde nach Waffen durchsucht, doch wurden keine gefunden. Der bei dem Fuhrwerk befindliche Reichswehrsoldat wurde ausgeraubt. Vor allem wurden ihm Pistole, Seitengewehr und Fahrerpeitsche abgenommen. Infolge dieser Vorgänge hatten sich mehrere Kommunisten wegen Landfriedensbruchs vor der Strafkammer zu verantworten. Verurteilt wurden die Arbeiter Maier und Rümmele wegen eines Verbrechens des Landfriedensbruchs zu 7 bzw. 6 Monaten Gefängnis, Paul Rau wegen eines Vergehens dieser Art zu 1 Monaten Gefängnis und wegen eines gleichen Vergehens zur Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis die Angeklagten Walther, Kircher, Restele, Binder, Ackermann und Heusel. Die Angeklagten Nägele und Braun wurden freigesprochen. In der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende hervor, daß auf diesen in der Zeit des Ausnahmezustandes begangenen Vergehen eigentlich die Todesstrafe stehe. Man müsse aber den Angeklagten zugute halten, daß sie sich in der damals politisch aufgeregten Zeit in einer gewissen Psychose befanden.

Sulz a. N., 15. März. (Kandidaten.) Für die Stadtvorstandsstelle haben sich als Kandidaten gemeldet: Schultheiß Berg-Eltingen OA. Leonberg, Dr. jur. Laffa, Gerichtsassessor in Stuttgart, Obersekretär Höchele-Stuttgart, Obersekretär Holzschuh-Stuttgart, Ratsschreiber Linkenheil-Troisingen, Stadtschultheiß Malmsheimer-Sulz, Obersekretär Schmid-Böblingen.

Rosenfeld O.A. Sulz, 15. März. (Ein Racheakt.) Hinter dem Wohnhaus des Feldschützen und Nachtwächters Hauff wurde eine Sprengkapsel zur Entzündung gebracht, wodurch einiger Schaden angerichtet wurde. Der Täter ist noch nicht ermittelt. Zweifellos handelt es sich um einen Racheakt.

Rottweil, 15. März. (Zur Stadtvorstandswahl.) Als Bewerber um die erledigte Stadtvorstandsstelle tritt Regierungsrat Abrell, Stuttgart, früher Amtmann in Rottweil, auf.

Ulm, 16. März. (Kommunisten vor Gericht.) Die Strafkammer verhandelte gegen eine Anzahl Kommunisten, weil diese trotz Aufhebung der K. P. D. sich für diese Partei betätigten. Verurteilt wurden: Tabakarbeiter Hans Arnold von Ulm zu 4 Monaten Gefängnis, Kraftwagenführer Gg. Siegwart von Ulm zu 2 Monaten, Weber Hans Scher von Stuttgart zu 8 Monaten, Bierbrauer Josef Oesterle von Ulm zu 3 Monaten, Modellschreiner Paul Alfred Kretzschmer von Ulm zu 4 Monaten, Schreiner Joh. Herzog von Söflingen zu 2 Monaten, Bauarbeiter Hans Niemann von Nördlingen zu 1 Jahr Gefängnis, Kaufmann Franz Ernst von Stuttgart zu 6 Monaten, Schlosser Chr. Wittmann von Neu-Ulm zu 2½ Monaten, Kochermeister Anton Greiser von Baienfurt zu 4½ Monaten Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde sämtlichen Verurteilten voll angerechnet.

Friedrichshafen, 15. März. (Eine Erinnerung.) Am 10. März waren 30 Jahre vergangen, daß zum erstenmal der Luftschiffplan des Grafen Zeppelin einer Prüfungskommission vorlag, die vom damaligen preußischen Kriegsminister ernannt worden war. Die Entwürfe des Grafen wurden von der Kommission für sehr beachtenswert und nicht unausführbar erklärt.

Marlach a. d. Jagst, 16. März. (Jugendlicher Selbstmörder.) Ein Zögling der landwirtschaftlichen Winterschule Künzelsau hat seinem Leben durch einen Schuß in den Mund ein Ende bereitet. Die Veranlassung zu der Tat, die er in dem elterlichen Hause begangen hat, war die Entlassung aus der Schule 8 Tage vor dem Semesterschluß. Diese Strafe wurde verhängt, weil er einigen Kameraden und der Schule verschiedene Gegenstände entwendete.

Baden.

Hohnburst (A. Kehl), 14. März. Im Hause des Landwirts L. hier explodierte im Ofen ein Scheit Holz, wodurch der Ofen vollständig zerrissen wurde. Wodurch die Explosion entstanden ist, konnte nicht genau festgestellt werden. Man vermutet aber, daß in dem Holz eine Patrone gesteckt hat. Die im Zimmer Anwesenden kamen glücklicherweise mit dem Schrecken davon.

Freiburg, 15. März. Die Staatsanwaltschaft 3 teilt mit, daß der Doppelmörder Hundertpfund, dem seinerzeit das Ehepaar Köpfer aus Saig zum Opfer fiel, nach einer Meldung des Auswärtigen Amtes in Frankreich verhaftet worden ist. Er wird demnächst ausgeliefert.

Watterdingen, 15. März. Im Dezember vergangenen Jahres hatte hier eine Jagdverpachtung stattgefunden. Ein Landwirt bot dabei, um der schwachen Gemeindekasse zu Glanz zu verhelfen, und nicht im eigenen Interesse, bis ins Unendliche mit. Er steigerte so die Jagd hinauf. Die anwesenden Jäger merkten jedoch die Absicht, und stellten ihr Bieten plötzlich ein und unser Landwirt war bei 3500 Mark Höchstbietender. Zu seinem nicht geringen Schrecken erhielt er den Zuschlag. Bei der Aufrechterhaltung des eingegangenen Vertrages wäre der Mann ruiniert gewesen. Der Bürgerausschuß ließ aus diesem Grunde Gnade walten und hob den Vertrag auf.

Konstanz, 14. März. Vor dem hiesigen Amtsgericht hatten sich 30 Erwerbslose wegen Vergehens gegen die Verordnungen des Reichswehrministers über den Ausnahmezustand zu verantworten. Am 30. Oktober 1923 waren etwa 300 Erwerbslose im Anschluß an eine Versammlung vor das hiesige Rathaus gezogen. Der Aufforderung der Polizei zum Auseinandergehen leisteten die Demonstranten keine Folge, worauf die Polizei die Menge mit dem Gummiknüppel auseinandertrieb. Der Urheber der Demonstration, Landwirtschaftslehrer Holl, ist in der Zwischenzeit nach Argentinien ausgewandert; vier der Angeklagten waren nicht erschienen, sechs wurden freigesprochen und die übrigen erhielten Geldstrafen von je 30 Goldmark.

Kreuzlingen, 15. März. Hier tagte das Komitee, das es sich zur Aufgabe gesetzt hat, Erleichterungen im Grenzverkehr herbeizuführen. Es wurde u. a. vereinbart, daß die Geldausfuhr im kleinen Grenzverkehr so gehandhabt werden sollte, wie im großen Grenzverkehr. Deutscherseits hängt die Entscheidung dieser Frage von der Genehmigung der Berliner Regierung ab. Es soll ferner bezüglich der Geldausfuhr der Wegfall der Vormerkgebühr beantragt werden. Die Erweiterung der Grenzzone bleibt der weiteren Verständigung der beiderseitigen Regierungen vorbehalten. Wegen Erleichterung im kleinen Grenzverkehr für in Konstanz ansässige Fremde werden die beiderseitigen Regierungen ein Uebereinkommen treffen.

Mannheim, 14. März. Der Marsch der Kanalarbeiter am Neckarkanalbau nach Mannheim hat gestern die Strafkammer beschäftigt. Am 17. Oktober 1923 hatten die Arbeiter am Neckarkanal ihre Arbeitsstellen verlassen, um den Mannheimer Demonstranten zu Hilfe zu kommen. Wegen dieser Beteiligung harren noch rund 80 Personen der Aburteilung. Sechs wurden gestern abgeurteilt und zwar erhielt der Anführer der Kanalarbeiter Otto Embach zwei Jahre Gefängnis, während die Mitangeklagten zu Gefängnisstrafen zwischen einem Jahr drei Monaten und sechs Monaten verurteilt wurden.

Mannheim, 14. März. Einen schlimmen Ausgang nahmen Streitigkeiten, die die 28jährige Tagelöhnersfrau Johanna Bächler mit der Arbeiter-Familie Merkel hatte, mit der sie auf dem gleichen Flur wohnte. Eines Morgens schmetterte sie dem Ehemann Merkel einen Topf auf den Kopf, so daß M. einen Schädelbruch davontrug, der zwar an sich nicht tötlich war, durch

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

eine Infektion jedoch der Tod des schon älteren Mannes herbeigeführt wurde. Das Gericht verurteilte die Streitsüchtige zu 1½ Jahren Gefängnis.

Vermischtes.

Das Urteil im Parchimer Mordprozeß.

Leipzig, 15. März. Im Parchimer Mordprozeß wurde heute abend vom Gerichtshof das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt: Der Angeklagte Hüß wegen schwerer Körperverletzung und vollendeten Totschlags zu 10 Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Zabel zu 9 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, der Angeklagte Pfeiffer zu 6 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, der Angeklagte Renz ebenfalls zu 6 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, der Angeklagte Wiemeyer zu 12 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und der Angeklagte Jurisch unter Zubilligung mildernder Umstände infolge leichter Minderwertigkeit zu 5 Jahren 6 Monate Gefängnis. Sämtlichen Angeklagten wird die sechsmonatige Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet. Ferner wurden wegen Beihilfe und Begünstigung der Angeklagte Borrmann zu 1 Jahr Gefängnis, der Angeklagte Fricke zu 10 Monaten Gefängnis, die Angeklagten Hoffmann, Thomsen, Mackensen, Wulbert und Richter zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Auch diesen Verurteilten werden 1—4 Monate der Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet. Die Kosten fallen den Angeklagten zur Last.

Neuer Frost in den dänischen Gewässern. Im Sund ist wieder starker Frost eingetreten. Der Oresund ist von neuem mit Eis gefüllt. Aus Helsingfors wird berichtet, daß die Eisverhältnisse in der Finnischen Bucht sich außerordentlich schwierig gestalten. Durch einen Eisbrecher wurde der dänische Dampfer „Danefaerd" in den Hafen eingebracht, nachdem er im Eis festgelegen und eine Schraube verloren hatte.

Die Brücke über den Kleinen Belt genehmigt. Einer Meldung aus Kopenhagen zufolge nahm jetzt auch das Plenum des dänischen Reichstags den Gesetzentwurf betreffend den Bau einer Eisenbahnbrücke über den Kleinen Belt in zweiter und dritter Lesung endgültig an. Die Kosten des Baues werden auf 43,50 Millionen Kronen veranschlagt. Nach Ansicht der Sachverständigen bietet der Bau keine besonderen technischen Schwierigkeiten.

Mit Flugzeug zur Kirche. Das modernste Beförderungsmittel benützte ein Pfarrer auf einer der vielen Inseln in den Stockholmer Schären, zu dessen Sprengel auch verschiedene Inseln der nächsten Umgebung gehören. Gewöhnlich muß er den Weg von einer Insel zu andern im Boot zurücklegen; aber am letzten Sonntag war das nicht möglich, da der ganze Schärenbezirk von schweren Eismassen gefüllt war, die jede Schiffahrt verboten. Zur ersten Insel kam er noch, wenn auch mit vieler Mühe, über das Eis; als er aber in die Nachbargemeinde sollte, die seit Monaten keinen Gottesdienst genossen hatte, war guter Rat teuer. Kurz entschlossen wandte sich der Pastor durchs Telephon an die nächste Fliegerstation der Flotte, die ihm auch wirklich ein Flugzeug zur Verfügung stellte, und nach fünf Minuten war der Weg durch die Luft zurückgelegt, der sonst Stunden in Anspruch nimmt. Der Gottesdienst konnte allerdings nicht stattfinden, da die Gemeinde gar nicht auf das Kommen ihres Pastors gerechnet hatte und die Kirche leer blieb. Auch der Rückweg wurde durch die Luft genommen; der Pfarrer kam, begeistert von der ersten Flugfahrt seines Lebens, wieder zurück.

Im Eismeer verschollen. In Skandinavien ist man in Sorge um das große norwegische Fangschiff „Annie" und den dänischen Schoner „Teddy", von denen man seit dem Sommer vergebens Nachricht erwartet. „Annie" überwinterte mit sieben Mann Besatzung im vorigen Winter an der Ostküste Grönlands, wo eine Funkwarte in der Mückenbucht errichtet wurde, die dem Wetterdienste für das meteorologische Institut in Trömsö dient. Das Schiff sollte schon im vorigen Sommer nach Norwegen zurückkehren. Das letzte, was man von ihm hörte, war, daß es Mitte August die Mückenbucht verlassen hatte. Man meint, daß die „Annie" unter den sehr schwierigen Eisverhältnissen eingefroren, vielleicht sogar vom Eis zerdrückt worden ist. Auch in diesem Falle hat sich die Besatzung, die gut mit Proviant versehen war, vielleicht gerettet. In Trömsö plant man nun, eine Hilfsexpedition auszurüsten, die im kommenden Sommer abgehen soll. Man hofft, daß die norwegische Marine Flieger mitsendet, damit man die Vermißten leichter finden kann. Eine zweite Hilfsexpedition plant man in Dänemark für den Motorschoner „Teddy" der Ostgrönländischen Handelsgesellschaft, von dem man ebenfalls seit dem Sommer keine Nachricht hat. Der „Teddy" hat 17 Mann Besatzung, eine Jagdmannschaft und einen deutschen Gelehrten an Bord. Man hofft, daß es dem Schiff gelungen ist, wohlbehalten irgendeinen Ort zu erreichen, von dem es jetzt nur unmöglich ist, Nachricht zu geben.

Veteranen des Lebens. Die älteste Frau Amerikas ist Frau J. M. Power, die vor 114 Jahren das Licht der Welt erblickt hat. Als sie kürzlich die Nachricht bekam, daß sie bei den nächsten Wahlen ihre Stimme abgeben solle, erklärte sie dies für modernen Unsinn. Die alte Frau, die von ihrer Tabakpfeife unzertrennlich ist, pflegt gerne von den Sitten der sogenannten guten alten Zeit zu erzählen. Sie hat ihre sämtlichen Kinder überlebt. Von ihren Enkelkindern leben noch 44 und von ihren Urenkeln 50. — In der Nähe von Kroonstad in Südafrika ist dieser Tage ein Farmer gestorben, der das patriarchalische Alter von angeblich 124 Jahren erreicht hat. Als 1865 während des Basutokrieges die Einwohner zum Waffendienst eingezogen wurden, wurde der alte Jan vom Waffendienst befreit, weil er die Altersgrenze der Wehrpflichtigen, die damals auf 60 Jahre festgesetzt war, schon überschritten hatte.

Amerikanischer Humor. „Guten Tag, Mrs. Brown. Wie geht es heute Ihrem Manne?" fragte die Nachbarin die Bauernfrau, deren Mann krank lag. „Ach, es geht ihm schon ein bißchen besser", erwiderte Frau Brown. „Gestern abend hat er sich schon etwas aufgesetzt und hatte auch ein bißchen Appetit. Er aß ein paar Kotelette, ein Stück Kalbfleisch, zwei große Stücke Apfelkuchen und ein paar Käseschnitten. Ich denke, heute wird er schon etwas Ordentliches zu sich nehmen können."

Der Pazifist. Ein Igel wurde vom Fuchs überrascht, rollte sich schleunigst zusammen und lag da, als wehrhafte Stachelkugel. Der Fuchs, ein alter, geriebener Fuchs, hielt sich nicht erst damit auf, sich bei nutzlosen Versuchen den Fang zu zerstechen. Er setzte sich salbungsvoll auf die Keulen und sprach: „Wozu die feindselige Abwehr? Sind wir nicht alle Brüder? Tu ab dein Stachelkleid und fürchte nichts von mir! Ich liebe dich!" Der Igel rührte sich nicht und knurrte nur: „Spuck du erst deine Zähne aus, dann reden wir weiter!" — „Verbohrter Militarist!" schimpfte der Fuchs und verzog sich.

Handel und Verkehr.

Nagold, 16. März. (Schranne.) Zufuhr 61,21 Ztr. Weizen, 50,50 Ztr. Gerste, 40,37 Ztr. Hafer, 7,52 Ztr. Mischfrucht, 23 Ztr. Roggen, 2,50 Ztr. Ackerbohnen. Preise pro Ztr.: Weizen 11—12,50, Gerste 10,50—11, Haber 8—9, Mischfrucht 10,50, Roggen 10, Ackerbohnen 8 Mark.

Winnenden, 15. März. (Markt.) Dem Schweinemarkt waren 49 Milch- und 15 Läuferschweine zugeführt. Preis für Milchschweine 30—32 Mark, für Läuferschweine 50—60 Mark das Stück. — Die Zufuhr zum Fruchtmarkt betrug 209 Ztr. Weizen, 208 Ztr. Haber, 35 Ztr. Dinkel, 15 Ztr. Gerste und 5 Ztr. Roggen. Preis für Weizen 10,50—11,50, Haber 8—8,60, Dinkel 9—10, für Gerste 10—11 und für Roggen 10 Mark pro Ztr. — Auf dem Wochenmarkt kosteten frische Landeier 11 Pfg. das Stück und Landbutter 2 Mk. das Pfund.

Crailsheim, 15. März. (Fruchtpreise.) Es notierten pro Ztr. Kernen 9,60, Weizen 9,50, Gerste 9,70, Hafer 6,50 Mark.

Ulm, 16. März. (Pferdemarkt.) Dem Pferdemarkt waren 100 Pferde zugetrieben. Preise: schwere jüngere Arbeitspferde 2500 bis 3200, mittlere Arbeitspferde a) jüngere 1200—2000, b) ältere 600 bis 800, Fohlen 2jährig 1000—1300, 1jährig 700—900, Schlachtpferde 80 bis 120 Mark. Der Handel war mittel.

Schweinemärkte. Spaichingen: Dem Markt waren 56 Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurden 21—32 Mark für das Stück. — Mengen: Zufuhr 480 Milchschweine. Preis 50—75 Mark. — Balingen: Zufuhr 120 Milchschweine. Der Handel war flau, ein kleiner Rest blieb unverkauft. Preis für ein Milchschwein 25 bis 36 Mark. — Crailsheim: Zufuhr 20 Läufer und 504 Milchschweine. Preis: 1 Paar Läuferschweine 80—144 Mark, 1 Paar Milchschweine 45—75 Mark. Der Handel war lebhaft. — Künzelsau: Zufuhr 210 Milchschweine und 8 Läufer. Alles wurde verkauft. Milchschweine um 46—80, Läufer um 120—130 Mark das Paar. — Rottweil: Zufuhr 333 Milchschweine und 1 Läufer. Der Handel war nicht besonders lebhaft. Preis 40—65 Mark pro Paar Milchschweine.

Wirtschaftliche Wochenrundschau.

Geldmarkt. Die Reparationsverhandlungen der Sachverständigenkommission haben in ihrem Fortgang die Lage des Geldmarktes weiterhin ungünstig beeinflußt. Die ungeheuerlichen Forderungen sind nicht erfüllbar und werden, selbst wenn Deutschland bis an die äußerste Grenze seiner Leistungsmöglichkeit geht, auf Jahre hinaus unerträgliche Geldverhältnisse schaffen, es sei denn, daß ein gewaltiger Auslandskredit zu günstigen Bedingungen aufgebracht wird. Dafür sind aber noch gar keine Aussichten vorhanden. Im einzelnen waren die Geldsätze auch in dieser Woche sehr hoch. Die Vorbereitungen zum Quartalsultimo machen das Geld immer knapper und teurer. Die Ansprüche der Industrie und des Handels können nicht voll befriedigt werden.

Börse. Die Unternehmungslust setzt in jeder Berichtswoche am einen oder andern Tage an, vermag sich aber nicht durchzusetzen. Es ist auffallend, wie viele Effekten immer noch trotz der niedrigen Kurse auf den Markt geworfen werden. Wahrscheinlich ist die Geldknappheit die Ursache davon. Aber die Folge ist auch, daß die Kurse sich nicht erholen können und andauernd unter ihrem richtigen Werte stehen, was nicht nur für den offiziellen Handel, sondern auch für den Freiverkehr zutrifft. Selbstverständlich hat auch das Verschwinden einiger Bankfirmen von der Bildfläche die Stimmung nicht verbessert. Die Aussichten für die nächste Zeit sind nicht schlecht, wären aber besser, wenn nicht auch noch die Aufregungen eines Wahlkampfes und andere das Börsengeschäft störenden Momente dazu kämen.

Produktenmarkt. Die Preise lassen wieder langsam nach, die Tendenz ist ruhig. Wie man hört, sind die Saaten vermöge hohen Schneeschutzes gut durch den Winter gekommen. Die Auslandsgetreidekurse waren in letzter Zeit stabil. In Stuttgart wurden Heu und Stroh am 13. März mit 9 bzw. 6 Mark bezahlt. In Berlin notierten am selben Tage Weizen 168 (plus 2), Roggen 137 (plus 1), Braugerste 180 (—2), Hafer 122 (plus 2) und Mehl 26¼ (—0,5) Mark.

Warenmarkt. Die Teuerung ist nicht groß, aber beständig und machte sich auch in der letzten Berichtswoche trotz der abnehmenden Kaufkraft des Volkes bemerkbar. Einzelne Waren, wie die der Textilindustrie, verharren in ungesunder Höhe und sind zum Teil unerschwinglich. Lederwaren sind gleichfalls fest im Preis. Oele und Fette haben eine Kleinigkeit angezogen. Lebensmittel sind im allgemeinen im Preis unverändert geblieben. Die Kaufleute auf dem Lande werden von Reisenden überschwemmt, haben aber vielfach kein Geld, um große Lagerbestellungen zu machen. Man hat das Gefühl, daß die Preise rasch anziehen werden, wenn das Geld einmal flüssiger wird.

Viehmarkt. Die Preise bleiben hoch, besonders für Pferde und Zuchtvieh. Aber auch Schlachtvieh hat wieder etwas angezogen, was durch eine Erhöhung der Stuttgarter Ladenfleischpreise zum Ausdruck kommt.

Holzmarkt. Der lange Winter gibt heuer dem Hausbrand eine wirtschaftliche Bedeutung, die er sonst nicht hatte. Namentlich die Nachfrage nach Brennholz ist andauernd groß und führt zur Bezahlung ganz unsinniger Preise. Auch das Handwerk kauft Bretter und sonstige Schnittwaren in großen Posten auf, wahrscheinlich um sich vor den Gefahren einer Inflation in diesem Sommer zu schützen. Uebrigens glauben wir an diese Gefahren nicht und möchten eher zum Zuwarten raten.

Neueste Nachrichten.

München, 16. März. Der Landtagskandidat des völkischen Blocks, Ludwig Aschner, ist in seiner Wohnung verhaftet worden. Als Grund hiefür werden seine Ausführungen in einer Versammlung der Völkischen im Bürgerbräukeller bezeichnet.

Wiesbaden, 16. März. Der Separatist Weingärtner erschoß sich gestern kurz nach seiner Rückkehr aus Luxemburg in dem Augenblick, als deutsche Polizeibeamten in das Zimmer eindrangen, wocin er sich verbarrikadiert hatte. Weingärtner war wegen verschiedener Straftaten zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt und aus dem Gefängnis entflohen.

Dresden, 16. März. Nachdem die Belegschaften auf den staatlichen Elektrizitätswerken und im Braunkohlenwerk Holzfelde die in dem Konflikt wegen der verlängerten Arbeitszeit ihnen gestellte Frist zur Verrichtung von Notstandsarbeiten nutzlos verstreichen ließen, wurden entsprechend einer Verfügung des Wirtschaftsministeriums die Werke heute früh von der Technischen Nothilfe und Schutzpolizei besetzt, sodaß die Fortführung der lebensnotwendigen Betriebe, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke auch weiterhin gesichert erscheint.

Berlin, 16. März. Etwa 500 Mitglieder der Kommunistischen Jugend, die von einer Liebknechtfeier kamen, zogen in geschlossenem Zug, die Internationale singend, durch mehrere Straßen im Osten. Da sie der wiederholten Aufforderung, sich aufzulösen, nicht Folge leisteten, gingen Polizeibeamte unter Anwendung des Polizeiknüppels gegen sie vor und zerstreuten den Zug. 12 Teilnehmer wurden festgenommen und dem Polizeipräsidenten zugeführt.

Berlin, 17. März. Den Blättern zufolge haben bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen in Potsdam die Rechtsparteien einen großen Erfolg zu verzeichnen. U. a. erhielten die Deutschnationalen 11 950 und die Vereinigten Sozialdemokraten 3 392 Stimmen. An der Wahl beteiligten sich etwa 75 Prozent der Wahlberechtigten.

Berlin, 17. März. Wie die „Montagspost" erfährt, sind in den letzten Wochen vom Reich sehr erhebliche Mengen der großen Goldanleihestücke gegen Rentenmark aufgekauft worden. Es handle sich um Beträge von etwa 150 Millionen Goldmark, die sich zum großen Teil im Besitze von Banken befanden. In nächster Zeit werde wahrscheinlich auch ein Teil der kleineren Goldanleihestücke vom Reich zurückgekauft werden. Der Vorgang lasse auf eine erfreuliche Besserung der Reichsfinanzen schließen.

Beuthen, 15. März. Heute vormittag wurden im benachbarten Scharlay durch polnische Polizeibeamte bei einer großen Anzahl von deutschen Einwohnern Haussuchungen vorgenommen. Dabei erfolgten zahlreiche Verhaftungen. Auch aus vielen anderen Städten Polnisch-Oberschlesiens werden Haussuchungen bei Deutschen gemeldet. Die Maßnahme der polnischen Behörde wird als Vergeltung für die Verhaftung von Mitgliedern der Insurgenten-Organisationen in Deutsch-Oberschlesien hingestellt.

Prag, 16. März. Wie die Polizeikorrespondenz meldet, wurden bei der weiteren Untersuchung in der Bestechungsangelegenheit bei Benzinlieferungen im Ministerium für die Volksverteidigung verschiedene erschwerende Umstände festgestellt, auf Grund deren gestern die Bankdirektoren Franz Sip aus Prag-Kleinseite und Dr. Josef Beck aus Budentsch verhaftet wurden. Die verhafteten Direktoren sind Funktionäre der Gesellschaft Naphtasol. Damit ist die Untersuchung vorläufig abgeschlossen. Wegen des in Wien verhafteten Otto Robben ist Auslieferungsbegehren gestellt.

Rom, 15. März. Der König hat Gabriele d'Annunzio zum Fürsten von Monte Nevoso ernannt.

Paris, 16. März. Dem „Echo de Paris" zufolge wird angenommen, daß die französischen Wahlen am 18. Mai abgehalten werden sollen. Andere Blätter nennen nach wie vor den 11. Mai. Das Blatt erinnert dann an die deutschen Wahlen, die am 4. Mai stattfinden sollen, und erwartet, daß sie den Vorrang der Nationalisten und der Parteigänger der Revanchepolitik bringen werden und daß sie der französischen öffentlichen Meinung Klarheit darüber verschaffen werden, was in Deutschland gegen Frankreich getrieben wird.

Paris, 17. März. General Pellet, der ehemalige französische Oberkommissar in Konstantinopel, ist gestern vormittag in Toulon gestorben.

Paris, 16. März. Der Senat hat in seiner heutigen Nachmittagssitzung nach längerer Debatte und nachdem die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit 163 gegen 119 Stimmen der Aufhebung des Zündholzmonopols zugestimmt. Die weitere Beratung der Finanzdebatte wurde darauf auf morgen vormittag vertagt.

Treuekundgebung für die Pfälzer.

München, 17. März. Gestern vormittag fand eine gewaltige Treuekundgebung der vaterländischen Kreise Münchens auf dem Königsplatz im Beisein von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, der Landespolizei, der Studentenschaft usw. für die ausgewiesenen Pfälzer statt. Rund 70 000 Personen nahmen an der Veranstaltung teil. Mit lebhaftem Beifall und mit Heilrufen wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die heute auf dem Königsplatz in München versammelten vaterländisch gesinnten Männer und Frauen aller Stände und Parteien erheben schärfsten Protest gegen die Bedrückungen der Pfälzer am Rhein seitens der Besatzungsmächte und drücken ihre Bewunderung aus für das standhafte Festhalten der Bevölkerung trotz aller Leiden am bayerischen und deutschen Vaterland. — Nach Musikvorträgen fand die Feier mit dem Liede „Deutschland, Deutschland über alles!" ihren erhebenden Abschluß.

München, 15. März. Wie die Korrespondenz Hoffmann meldet, hat Ministerpräsident Dr. von Knilling namens der bayerischen Staatsregierung eine Kundgebung erlassen, in der er darauf hinweist, daß das rechtsrheinische Bayern mit dem morgigen Tage in die „Pfalzwoche" eintritt, durch die es vor Deutschland und vor der ganzen Welt feierlich bekunden will, daß es die Bande zwischen den Landesteilen rechts und links des Rheins als unlöslich betrachtet. Es will der stolzen Befriedigung Ausdruck geben, mit der es die vaterländische Haltung der Pfalz verfolgt. Es will schließlich durch die Tat beweisen, daß es heute und in Zukunft gewillt ist, seinen pfälzischen Landsleuten helfend zur Seite zu stehen.

Ueber den Besuch des Sonderausschusses der Rheinlandkommission in der Pfalz

vom 11. bis 14. März wird zusammenhängend von berufener Seite gemeldet: Der Zweck der Informationsreise des Ausschusses war, sich zu unterrichten, ob die Ruhe und die Ordnung in der Pfalz zurückgekehrt und ob die Verwaltung wieder in Fluß gekommen ist. Sowohl der Kreisausschuß, wie auch die Vertreter der Gemeinden, Bezirksämter und Berufsgruppen haben mit Offenheit und Entschiedenheit ihre Wünsche und ihre Befürchtungen zum Ausdruck gebracht. Vor allem wurde auf die große Unruhe hingewiesen, die sich der Bevölkerung wegen der zahlreichen Verhaftungen in Pirmasens, Dürkheim und Neustadt bemächtigt hatte. Insbesondere wurde von den Vertretern der pfälzischen Regierung betont, daß es dem Rechtsempfinden zuwiderlaufe, wenn man den eigentlichen Ruhestörern, den Separatisten, völlige Straffreiheit zusichere, während auf der anderen Seite viele Personen ins Gefängnis geworfen würden, deren Vergehen darin bestanden habe, daß sie sich an der allgemeinen Abwehr gegen den unerträglichen Terrorismus der Separatisten beteiligt hätten. Diese impulsive Bewegung habe doch schließlich einen Selbstschutz im Auge gehabt, und kein Mensch habe je die Sicherheit der Besatzungstruppen bedroht. Von allen Rednern wurde der Sonderkommission die dringende Bitte vorgetragen, daß er sich für die sofortige Entlassung der Gefangenen einsetzen möge. Nicht minder heftig war der Protest gegen das Auftreten der Separatisten in einer anderen Form und unter dem Namen der Rheinischen Arbeiterpartei, der sich zur Ueberwindung des 9-Stundentages die radikalen Elemente anschlössen und die eine neue Gefahr nicht nur für die Pfalz, sondern auch für die ganze Bevölkerung des linken Rheinufers bedeute. Die Sonderkommission hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine Störung von Ruhe und Ordnung in keiner Form geduldet werde und daß ein Grund zur Beunruhigung für die Bevölkerung in dieser Richtung nicht bestehe.

Prozeß Zeigner.

Leipzig, 15. März. Im Gegensatz zu dem starken Andrang am gestrigen Verhandlungstage gegen Dr. Zeigner, sind heute die Bänke im Zuschauerraum nur mangelhaft besetzt. Die Vernehmung des Zeugen Trommer wird fortgesetzt. Der Angeklagte Dr. Zeigner erklärte seine engen Beziehungen zu Möbius dadurch, daß er mit Rücksicht auf die früheren Mehlschiebungen Möbius nicht bösartig entgegentreten durfte. Die zahlreichen Besuche in seiner Wohnung führte er darauf zurück, daß ihm die vielen telephonischen Anrufe im Ministerium unangenehm waren, so daß er an deren Stelle Möbius lieber in seine Wohnung bestellt habe. Zeuge Trommer: Ich habe Möbius nicht zugetraut, daß er etwas tun könnte. Darum wollte ich ihm auch kein Geld geben. Der Zeuge wird vereidigt. Angeklagter Dr. Zeigner äußert sich dann zu seiner Handhabung des Begnadigungsrechtes, gegen die sich der Referent Geheimrat Lessing wandte. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen machte Dr. Zeigner Angaben über sein Vorleben. Den Posten des Justizministers habe er ohne eigenes Zutun und ohne irgendwelche Protektion erhalten. Der Vorsitzende fragte, wie sich Zeigner fühlte, als er vom einfachen jungen Landgerichtsrat zum Justizminister aufrückte und wie sich seine finanziellen Verhältnisse gebessert hätten. Dr. Zeigner erwiderte, sein Gehalt sei ungefähr von 1800 auf 6000 Mark für den Monat gestiegen. Möbius erklärte dann, er habe Zeigner oft von der Bahn abgeholt, wenn dieser von Dresden kam. Er habe ihm dann seine Koffer in die Wohnung gebracht. Er habe in einem Bündel Akten gelesen, daß die gegen Trommer ausgesprochene Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 18 000 Mark umgewandelt worden sei. Er habe Trommer davon Mitteilung gemacht, was Trommer dem Möbius anfänglich nicht glaubte. Darauf habe dieser auf einen Steuerzettel bei einem zweiten Buch geschrieben, daß die zwei Monate Gefängnis in 18 000 Mark Geldstrafe umgewandelt

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Enztäler" werden fortwährend von allen Postanstalten, Agenturen und unseren Austrägern entgegengenommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

sein. Nach der Voruntersuchung soll Möbius im Auftrag Dr. Zeigners nach Meisendorf gefahren sein, um gegen Geld die Umwandlung der Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe zu betreiben. Hier weist der Vorsitzende darauf hin, daß Möbius sich in Widerspruch mit seinen früheren Aussagen verwickelt habe. Möbius erklärt darauf, er habe früher falsche Aussagen gemacht. Er habe die Unwahrheit deshalb gesagt, weil er aus der Haft entlassen werden wollte. Auf die Frage, warum Möbius jetzt die Wahrheit sage, äußerte er, das Gewissen habe ihm keine Ruhe gelassen. Nachdem Rechtsanwalt Dr. Martner verschiedene Qualifikationen verlesen hat, aus denen hervorgeht, daß Dr. Zeigner die Staatsprüfung mit gut bestanden habe, äußerte sich Dr. Zeigner über den zweiten Punkt der Anklage des Falles Trommer. Zeigner erklärt, nach der Aktenverbrennung habe er keine Beziehungen mehr zu Möbius gehabt. Einige Tage vor Zeigners Ernennung zum Justizminister sei Möbius zu ihm gekommen und habe über pekuniäre Verhältnisse geklagt. Da Möbius arbeitslos war, habe er ihn für kleinere Gänge benutzt. Im September habe er erfahren, daß dem Pächter Trommer unter sehr eigentümlichen Umständen ein Unbekannter Geld anläßlich eines Gnadengesuchs zu erpressen versucht habe. Dr. Zeigner schrieb an Trommer und erfuhr hierbei, daß Möbius der Briefschreiber war. Dr. Zeigner erklärte, daß er einige Tage später Möbius in Leipzig getroffen habe, der jedoch die Angelegenheit abgeleugnet habe. Dr. Zeigner habe dann den Verdacht gehabt, daß ein untergeordneter Beamter etwas versucht hätte. Er erließ deshalb sehr scharfe Bestimmungen über den Verkehr mit Gnadenakten. Dr. Zeigner spricht dann über sein Verhältnis zu Möbius. Er fühlte sich durch die Aktenvernichtung in seinen Händen. Er habe deshalb Möbius wie ein rotes Ei behandelt. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum das Verhältnis Zeigners zu Möbius so intim wurde, antwortete Dr. Zeigner, man könne dieses Verhältnis nicht intim nennen. Wenn er nach Dresden gekommen sei, habe er immer angerufen und gefragt, ob er zu sprechen sei. Möbius habe vom Militär her den Spitznamen „Lehmann" gehabt. Er rief auch unter diesem Namen an. Dr. Zeigner erklärte, während er in Dresden gewesen sei und seine Familie noch in Leipzig gewohnt habe, habe Möbius noch für seine Frau und für seine Schwiegermutter Besorgungen gemacht. An den Samstagen sei Dr. Zeigner immer nach Leipzig gefahren. Möbius kam dann zu ihm. „Später wurde dann", so erklärte Zeigner, „die ganze Geschichte mir sehr unangenehm. Ich versuchte deshalb, Möbius aus dem Wege zu gehen. Ich wollte es jedoch auf einen offenen Bruch nicht ankommen lassen, weil ich Möbius wegen der Verbrennung der Militärakten fürchtete. Möbius brachte trotzdem immer wieder Gnadengesuche vor. Ich gab diese zur Kanzlei weiter zur üblichen Erledigung. Nach dem Fall Friedrich Senn faßte ich Möbius scharf an. Er versuchte, sich herauszureden, worauf ich meinem Personal verbot, ihn wieder in meine Wohnung hinein zu lassen, wenn ich nicht im Hause war." Kleinlaut fügte jedoch Dr. Zeigner noch hinzu, daß es ihm niemals gelungen sei, Möbius abzuwimmeln. Im Anschluß an diese Vernehmung wird ein Brief Dr. Zeigners an Trommer verlesen. Dieser Brief bestätigt die Aussagen Dr. Zeigners. Dr. Zeigner erklärte, er habe Geheimrat Kunz gesagt, es sei ihm sehr peinlich, daß Möbius bei Trommer gewesen sei. Er habe hierauf den Möbius in seine Wohnung bestellt, um ihm Vorhaltungen zu machen. Möbius müsse entweder in seiner Leipziger oder in seiner Dresdener Wohnung die Akten eingesehen und Einblick in sie genommen haben.

Sodann wird der Zeuge Arno Trommer vernommen. Er erklärt, Möbius sei zu ihm gekommen und habe ihm gesagt, seine Gefängnisstrafe könne in eine Geldstrafe umgewandelt werden, aber der Zeuge habe sich geweigert, dem Möbius Geld zu geben. Er habe den Möbius wieder fortgeschickt und dann mit seinem Rechtsanwalt und am Stammtisch in Zwickau darüber gesprochen. Möbius sei dann ein zweites Mal gekommen und habe Geld verlangt. Er habe auch gesagt, daß seine Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 18000 Mark umgewandelt worden sei. Der Zeuge habe sich auch hier wieder geweigert, Geld zu geben. Er habe die Polizei angerufen, aber Möbius sei zuvor entkommen.

Dr. Zeigner äußerte sich dann über die von ihm geübte Begnadigungstaktik. Die Fälle Trommer und Friedrich Senn hätten zur Kompetenz des Gesamtministeriums gehört. Er habe sich bei der Uebernahme der Gnadenabteilung zunächst darüber orientiert, nach welchen Gesichtspunkten Gnadengesuche bisher durchgeführt worden seien. Er habe eine weitherzigere Auffassung über die Begnadigungen gehabt, als sie früher zum Ausdruck gekommen seien. Zahlreiche Familien seien in Not gewesen und darauf habe er Rücksicht genommen. Besonders kurzsichtige Freiheitsstrafen habe er, um die Familien der Verurteilten nicht in Not geraten zu lassen, aufgehoben. Er sei mit den Referenten in dieser Sache eins gewesen. Von irgend einer Seite, wie es in der Presse behauptet worden sei, sei er nicht zu seiner Taktik gedrängt worden. Mit großer Hartnäckigkeit habe er auch gegen die harten Wucherstrafen angekämpft, obwohl seine eigene Partei strenge Bestrafung des Wuchers fordere. Er habe vielmehr die Auffassung vertreten, daß die Verurteilung von Tatbeständen, die als Begleiterscheinung der Not angesehen werden müßten, nicht mehr opportun sei. Endlich sei im allgemeinen vermieden worden, daß kranke und ältere Personen eine Freiheitsstrafe verbüßen mußten. Er habe die Absicht gehabt, zwischen dem Strafrecht und den rechtspolitischen Auffassungen seiner Partei einen Ausgleich zu schaffen. Der andere Gesichtspunkt sei der gewesen, eine kurzfristige Strafe nicht vollziehen zu lassen, wenn es das öffentliche Interesse nicht unbedingt erforderte. Der Oberstaatsanwalt beantragt hierauf, den Zeugen Herbert Weiner, Vertreter in Chemnitz, zu laden, der aussagen soll, daß **Zeigner beim Sprengbataillon wiederholt Akten verbrannt habe und bezahlt worden sei.** Die Verteidigung erhebt Widerspruch dagegen, da der Zeuge bisher überhaupt noch nicht bekannt gewesen sei. Auf die Frage, ob dieser Zeuge berufen worden sei, entgegnete der Erste Staatsanwalt, der Zeuge sei erschienen. Dr. Zeigner erklärt, niemals in irgend einem andern Fall Akten vernichtet zu haben. Das Gericht zieht sich darauf zur Beratung über den Antrag des Oberstaatsanwalts zurück. Es wird beschlossen, den Zeugen zu vernehmen. Zeigner faßt den eintretenden Zeugen sehr scharf ins Auge. Der Zeuge erklärt, telegraphisch geladen zu sein. Er sei im Jahre 1918 auf Grund einer anonymen Anzeige wieder zum Train eingezogen worden. Wegen Fahnenflucht sei gegen ihn ein Verfahren anhängig gewesen und darüber wurden Akten geführt. Er sei einmal zum Kommandeur geladen worden und habe in dessen Vorzimmer Dr. Zeigner getroffen. Dieser habe ihm gesagt, die Sache ließe sich aus der Welt schaffen. **Wenn er Dr. Zeigner 5000 Mark gebe, könnten die Akten vernichtet werden.** Der Zeuge hat diesen Handel abgelehnt. Er habe dann erfahren, daß die Akten sich im Kriegsministerium befänden. Darauf habe er Zeigners Vorschlag endgültig abgelehnt. Später habe er gesagt, daß es unerhört sei, daß ein solcher Dr. Zeigner Justizminister werde. Er habe seine Kenntnisse über Dr. Zeigner dem Sekretär der Deutschen Volkspartei in Chemnitz mitgeteilt, und dieser habe Dr. Binger, den jetzigen sächsischen Justizminister verständigt. Binger habe ihm zur Antwort gegeben, im Augenblick wolle man die Sache nicht ans Tageslicht ziehen. Der Zeuge antwortet ganz bestimmt, daß Dr. Zeigner damals Gefreiter gewesen sei. Dr. Zeigner widerspricht. Er sei niemals Gefreiter gewesen. Auch habe er sich niemals Assessor genannt. Das Gericht beschließt darauf, Justizminister Binder als Zeugen zu laden. Der Vorsitzende gab darauf bekannt, daß die Montagsitzung frei sein wird.

Verschlauderert.

's Märzlüfterl weht noch meistens rauh, — Noch immer muß man heizen. — O, möchte doch mit Wärmekraft — Die Sonne minder geizen! — Gar bitterlich beklagen sich — Die heimgekehrten Störche; — Trillieren möchte endlich mal — Die sangesfrohe Lerche! — — Sie haben es wohl gut gemeint, — Die Hitler und Genossen, — Doch drohte furchtbare Gefahr — Dem Reich durch ihre Possen. — Auch der Prozeß, der nachspürt jetzt — All den Verschwörungsfaden — Und aufdeckt den verrückten Spuk, — Bringt Deutschland schweren Schaden. — — Der Reichstag stirbt! Es ist nicht schad, — Daß nun sein Wirken endet! — Er hat durch wüste Zänkerei — Sein Ansehn oft geschändet. — Ein heißer Wahlkampf steht bevor, — Schon rüsten die Parteien — Und locken eifrig Wähler an — Mit Trommeln und Schalmeien. — — Dem Reichsbankpräsidenten Schacht — Ist sein Projekt gelungen: — Er ist mit seinem Goldbankplan — Erfolgreich durchgedrungen. — Die neue deutsche Goldbank wird — Willkommen rings geheißen; — Mög' sie für Deutschlands Wirtschaft sich — Recht förderlich erweisen! — — Held Poincare begrunt nunmehr — Die Haltung zu verlieren, — Zeigt sich nervös, zeigt sich gereizt — Und will sich duellieren! — Der Frankenwirrwarr macht ihm Pein, — Auch andres schafft ihm Kummer; — Er fühlt es wohl: Jäh sinkt sein Stern. — Das raubt ihm Ruh und Schlummer. —

Wbm.

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.

Handelsregistereintragung vom 14. März 1924 bei der Firma **Kling & Trentzsch**, Baumaterialien, Sitz Birkenfeld. Die Prokura des Richard Weiß ist erloschen.

Forstamt Liebenzell.

Jagd-Verpachtung.

Am **Samstag, den 22. d. Mts., mittags 12 Uhr**, wird die durch den Wegzug des ursprünglichen Pächters und Rücktritt des Teilhabers freigewordene Jagd in den Staatswaldungen **Distr. Finkenberg** und **Kohlberg** Abt. 1 und 2 mit **zus. rd. 118 Hektar** auf den Rest der Pachtperiode, d. h. bis 31. März 1926 **neu verpachtet** auf der **Forstamtskanzlei in Liebenzell.**

Die **Gemeinde Pfaffenrot** versteigert am

Donnerstag, den 20. März d. Js., vorm. 10 Uhr

auf dem Rathaus dahier:

207 Tannenstämme 1. bis 6. Klasse,
85 Lärchenstämme 2. „ 5. „
19 Fichtenstämme 3. „ 5. „
118 Forlenstämme 1. „ 6. „
67 Bau- und Nutzholzeichen 3. bis 5. Klasse.
161 1., 244 2. Klasse Baustangen, 18 Hagstangen,
185 1., 90 2., 145 3. und 105 4. Klasse Hopfenstangen,
25 2. Klasse Redstecken, 30 Bohnenstecken.

am **Freitag, den 21. März ds. Js.,**
293 Ster Scheit- und Prügelholz.

Zusammenkunft an diesem Tage **vorm. 9 Uhr** beim Rathaus.

Das an dem erstgenannten Tage zu versteigernde Holz zeigt Waldhüter Mohr auf Verlangen vor, auch fertigt derselbe Auszüge auf Bestellung.

Pfaffenrot, den 15. März 1924.

Bürgermeisteramt:
Glaser.

Repsöl Liter **1.10** Mk.,
Seesamöl Liter **1.20** Mk.,
Eier 10 Stück **1.35** Mk.

empfiehlt

K. Blaich, Feldrennach,
Telefon Nr. 5. Telefon Nr. 5.

Drahtstifte

in allen Abmessungen liefern billigst aus Lagervorrat.

Rayher & Gautert, Pforzheim,
Eisen, Stahl, Metalle,
Telefon 3325, Weiherstraße 35.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats am Dienstag, den 18. März, abends 6 Uhr.

Tagesordnung:
1. Bausachen.
2. Rechnungssachen.
3. Sonstiges.

Stadtschultheiß Knodel.

Architekt B.D.A.

Karl Junge,
Calmbach.

Industriebau, Geschäftshaus- und Wohnhausbau.

Reiche Erfahrung. Beste Empfehlungen.
Schnelle pünktliche Bedienung.

Pforzheimer Gold-Ankaufstelle

kauft **Gold, Silber, Platin** in Barren und fein, sowie **alte Schmucksachen** zum Einschmelzen, **Rosen** und **Brillanten**, ferner **Gold- und Silbermünzen**, in- und ausländische.

Edelmetall-Handlung
A. Metsch,
Pforzheim, Waisenhausplatz 4, Tel. 3468.

Neuenbürg.

Wenig gebrauchten, guterhaltenen

Kinderwagen

verkauft
Friedrich Fix, Posten 12.

Herrenalb.

Wir liefern bis auf weiteres lehmfreien

Gehwegkies

frei Verwendungsstelle.

Karl Seufer, K.-G.

Perfekte Köchin

für größeren Haushalt in Herrschaftshaus gesucht. Dieselbe muß verstehen, sich den Respekt der übrigen Hausangestellten zu wahren.

Eintritt kann jederzeit erfolgen.

Angeb. unter F. P. 4039 an Rudolf Mosse, Pforzheim.

Große schöne

Trikot-Reste

natur zu Hemden, Hosen usw.,
marine zu Reformhosen, Kindersachen,
1 Ko. ℳ **7.50**, versendet

E. Hausch, Besigheim,
mech. Trikotweberei.

Frühjahr **Saison.**

Feine Maß-Schneiderei

Jakob Bürkle jr.

Conweiler.

Mässige Preise. Günstige Zahlung.
Reelle Bedienung.

Lungenkranke

versuchen eine **Hanakur.** Auskunft erteilt **H. Maier,** Homöopath und Naturheilkundiger, Rennfeldstrasse 21, **Pforzheim,** Fernruf 2218.

Neuenbürg.

Geschäftseröffnung und Empfehlung.

Der geehrten Einwohnerschaft von hier und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich mein früheres

elektr. Installationsgeschäft

verbunden mit besteingerrichteter

Fahrrad-, Motorrad- u. Nähmaschinen-Reparaturwerkstätte

wieder eröffnet habe. Meine Werkstätte befindet sich neben meinem Wohnhaus bei Frau Sensenschmied Großmann Wtw.

Gustav Knöller,
Elektr.-Installateur.

Schwann.

Empfehle fürs kommende Frühjahr alle Sorten

Feld- u. Gartensämereien

in bekannt guter Ware mit hoher Keimfähigkeit, ferner

Steckzwiebeln und Saatbohnen.

Oben genannte Artikel können auch in den Niederlagen bei Herrn **Albert Beuder in Neuenbürg** und Herrn **Ernst Pfrommer,** Malermeister und Handlung **in Herrenalb** bezogen werden. Postbestellungen **von 10 Mark an** werden franko geliefert.

Karl Gentner,
Handelsgärtnerei, Baumschulen u. Samenhandlung.
Telefon Nr. 12.

Vieh-Verkauf.

Von Mittwoch morgen 8 Uhr ab steht im

Gasth. z. Ochsen in Höfen

ein großer, frischer Transport Vieh,
darunter

gut gewöhnte Milchkühe, Kälberkühe u. hochträchtige Zuchtkalbinnen

zum Verkauf, wozu Kaufliebhaber freundlichst einladen

Rudolf und Berthold Löwengardt,
Rexingen.